

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Stephan Kühn, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9740 –**

Ursachen und Verantwortlichkeiten für das Berliner Flughafendebakel lückenlos aufklären – Chancen für besseren Lärmschutz nutzen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Tourismus des Deutschen Bundestages kontinuierlich transparent über das Krisenmanagement zu informieren und dabei sämtliche dazu notwendige Unterlagen mit Ausnahme sicherheitsrelevanter Informationen öffentlich zu machen, anstatt sie nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen, eine unabhängige rechtliche und technische Untersuchung der Ursachen und Verantwortlichkeiten von Management und Aufsichtsrat für die Verzögerung der Inbetriebnahme und die Kostenrisiken beim Bau des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) in Auftrag zu geben, die Kostenrisiken aus Schadensersatzforderungen für die von der Verzögerung betroffenen Unternehmen, Neu- und Umplanungen sowie Zinstauschgeschäfte lückenlos aufzuführen, die wirtschaftlichen und organisatorischen Folgen für die Tourismusbranche sowie darüber hinausgehender indirekter negativer Wertschöpfungseffekte insgesamt darzulegen, zu prüfen, inwieweit persönliches schuldhaftes Verhalten von Management und Aufsichtsrat auch strafrechtlich verfolgt werden müssen, um Regressforderungen durchsetzen zu können, das Lärmschutzprogramm für die Fluglärmbetroffenen auszuweiten und bis zum neuen Inbetriebnahmetermin vollständig umzusetzen, keine neuen Lärmbelastungen durch eine Ausweitung der Betriebszeiten in den Nachtstunden am Flughafen Berlin-Tegel zuzulassen, die genehmigten zusätzlichen Flüge so an den beiden alten Standorten zu verteilen, dass vorhandene Kapazitäten ausgeschöpft werden, einen Entschädigungsfonds für die Unternehmen im Non-Aviation-Bereich einzurichten, der unbürokratisch Überbrückungskredite und Schadensersatz leistet und Flugverfahren (wie z. B. Flugrouten) im Luftverkehrsrecht zum Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zu machen, um eine wirkliche Abwägung der Lärmschutzbelange mit Blick auf die Betroffenen vorzunehmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9740 abzulehnen.

Berlin, den 17. September 2012

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Torsten Staffeldt
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Torsten Staffeldt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9740** in seiner 182. Sitzung am 25. Mai 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Tourismus des Deutschen Bundestages kontinuierlich transparent über das Krisenmanagement zu informieren und dabei sämtliche dazu notwendige Unterlagen mit Ausnahme sicherheitsrelevanter Informationen öffentlich zu machen, anstatt sie nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen, eine unabhängige rechtliche und technische Untersuchung der Ursachen und Verantwortlichkeiten von Management und Aufsichtsrat für die Verzögerung der Inbetriebnahme und die Kostenrisiken beim Bau des BER in Auftrag zu geben, die Kostenrisiken aus Schadensersatzforderungen für die von der Verzögerung betroffenen Unternehmen, Neu- und Umplanungen sowie Zinstauschgeschäfte lückenlos aufzuführen, die wirtschaftlichen und organisatorischen Folgen für die Tourismusbranche sowie darüber hinausgehender indirekter negativer Wertschöpfungseffekte insgesamt darzulegen, zu prüfen, inwieweit persönliches schuldhaftes Verhalten von Management und Aufsichtsrat auch strafrechtlich verfolgt werden müssen, um Regressforderungen durchsetzen zu können, das Lärmschutzprogramm für die Fluglärm-betroffenen auszuweiten und bis zum neuen Inbetriebnahmetermin vollständig umzusetzen, keine neuen Lärmbelastungen durch eine Ausweitung der Betriebszeiten in den Nachtstunden am Flughafen Berlin-Tegel zuzulassen, die genehmigten zusätzlichen Flüge so an den beiden alten Standorten zu verteilen, dass vorhandene Kapazitäten ausgeschöpft werden, einen Entschädigungsfonds für die Unternehmen im Non-Aviation-Bereich einzurichten, der unbürokratisch Überbrückungskredite und Schadensersatz leistet und Flugverfahren (wie z. B. Flugrouten) im Luftverkehrsrecht zum Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zu

machen, um eine wirkliche Abwägung der Lärmschutzbelange mit Blick auf die Betroffenen vorzunehmen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/9740 in seiner 73. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/9740 in seiner 77. Sitzung am 27. Juni 2012 zusammen mit einem Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Verschiebung der Eröffnung des BER in Anwesenheit von Staatssekretär Rainer Bomba (BMVBS) und Prof. Dr. Rainer Schwarz (Sprecher der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH) beraten. Die Ausschussmitglieder hatten in diesem Rahmen Gelegenheit, Fragen zu den Ursachen und Auswirkungen der Verschiebung sowie zu den Perspektiven für die Inbetriebnahme des Flughafens zu stellen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9740.

Berlin, den 17. September 2012

Torsten Staffeldt
Berichtersteller